

Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930 [Martin Vogt]

Autor(en): **Schneider, Boris**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **22 (1972)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bd. 1: Juni 1928 bis Juli 1929, Dokumente Nr. 1 bis 256; Bd. 2: August 1929 bis März 1930, Dokumente Nr. 257 bis 489. Bearb. von MARTIN VOGT. Boppard am Rhein, Boldt, 1970. LXXXVIII/ 835 S., 1 Port. und V/837 bis 1682. (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.)

Wer sich wie der Schreiber mit der Einführung in das Studium der Geschichte befasst, wird gerne zu den Akten der Reichskanzlei greifen, um den Studenten ein Paradebeispiel moderner Editionstechnik vorzustellen. In der nach Kabinetten geordneten, von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Karl Dietrich Erdmann) und vom Bundesarchiv (Wolfgang Mommsen) herausgegebenen Reihe erschien jetzt der Band über das zweite Kabinett Hermann Müller-Franken, bearbeitet von Martin Vogt. Was über den zuerst erschienenen Band über die Regierung Cuno gesagt wurde (siehe SZG 20 [1970] S. 434) gilt auch hier: Die Auswahl-edition umfasst Protokolle der Kabinettsitzungen und der Ministerbesprechungen, Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten und mit den Länderregierungen, Eingaben von Verbänden und Gruppen, ausserdem die sehr informativen Notizen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Hermann Pünder über die Arbeit dieser Vielparteien-Regierung.

Die Regierungskoalition unter dem Vorsitz von Hermann Müller-Franken war das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in denen die Parteien der Mitte und der Rechten Stimmen verloren, so dass sich die Regierungsbeteiligung der seit Herbst 1923 in die Opposition verdrängten Sozialdemokraten als notwendig erwies. Die Regierungsbildung, mit Müller statt wie erwartet mit Otto Braun als Kanzler, war äusserst mühsam und lässt es erstaunlich erscheinen, dass dieses Kabinett volle 21 Monate im Amt blieb, allerdings durch innere Gegensätze geschwächt, denn die Koalitionsparteien bekämpften sich weiter ohne Rücksicht auf «ihre» Regierung oder auf die sich abzeichnenden Schwierigkeiten. Allerdings war das Spektrum von der SPD über die DDP, das Zentrum, die Bayerische bis zur Deutschen Volkspartei recht breit, und Hermann Müller war doch mehr Vermittler denn Chef dieser Regierung. So dominierte anfänglich in der Regierung Stresemann, der seine zu starker Opposition trotz Regierungsbeteiligung neigende DVP meist zur Zurückhaltung zwingen konnte. Aber auch auf dem andern Flügel der Koalition, bei der SPD, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Fraktion und den Ministern. Dies zeigte sich besonders bei den turbulenten Diskussionen um den Bau eines Panzerkreuzers. Der sozialdemokratische Reichskanzler hielt den Bau dieses Schiffs für vordringlich, in wohl nur politisch zu verstehender Übereinstimmung mit dem Reichswehrminister Groener, aber die SPD-Fraktion wollte von ihren Ministern mit Hilfe der Fraktionsdisziplin eine Umstürzung der Beschlüsse erzwingen (Dokument 64, 14. 11. 1928, S. 225).

Auch nach dem Tode Stresemanns war es vor allem die Aussenpolitik, in der die Regierung Müller Erfolge erzielen konnte. Denn das Hauptproblem

nach der Wiedergewinnung der Souveränität des Reiches war die Regelung der Reparationen. Dies wurde mit dem Young-Plan erreicht, an dessen Aushandlung in Paris der damalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht massgebend beteiligt war, um dann sein eigenes Kind nach dem opportunistischen Wechsel zur aufsteigenden nationalen Opposition als Frucht des «Systems» zu diffamieren. Dabei zeigte sich eine starke Bedenken erregende Hilflosigkeit der Regierung gegenüber dem als Finanzgenie posierenden Schacht. Zwar hatte sich schon Stresemann auf Grund seiner üblen Erfahrungen mit den sich während der Regierung Cuno als allwissend gebenden Spitzen der deutschen Schwerindustrie deutlich geäußert: «Er für seine Person glaube letzten Endes keinem Sachverständigen mehr» und «so scheine ihm auch die wankelmütige Haltung, die Präsident Schacht im Laufe des heutigen Tages gezeigt habe, nicht die genügende Grundlage» für Entscheidungen der Reichsregierung zu sein (D. 191, 1. 5. 1929, S. 623). Doch der Kanzler glaubte im Konflikt mit dem Finanzgenie den Kürzeren zu ziehen, und so liess man sich treten, wenn auch etliche Regierungsmitglieder sich in pessimistischen Prognosen über die Folgen einer durch die Schwäche der Regierung geförderten politischen und wirtschaftlichen Krise ergingen. Dazu meinte der Zentrums Politiker Joseph Wirth, dass diese Krise «jedenfalls mit den auf Grund der Verfassung gegebenen parlamentarischen Regierungsmethoden überhaupt nicht mehr lösbar erscheine» (D. 191, 1. 5. 1929, S. 622), aber den kernigen Vorschlägen Schachts trat dann Wirth doch entgegen: «Senkung der Löhne und Gehälter neben gesteigerter Arbeitsleistung sei überhaupt nur möglich auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes oder anderer diktatorischer Massnahmen, hinter denen die politische Faust stecke. Solche politischen Kräfte seien aber bei uns nicht vorhanden, weder links noch in der Mitte noch bei den Rechten» (D. 190, 1. 5. 1929, S. 618).

Im grossen und ganzen blieb die aussenpolitische Linie unverändert, zurückhaltend im Westen, gegen Polen eher aktiv. Innenminister Carl Severing (SPD) begründete eine vordringliche Berücksichtigung der deutschen Ostprovinzen aus Grenzfondsmitteln wie folgt: «Die Locarno-Verträge haben die Grenzen im Westen international sichergestellt. Eine Gefährdung der Westgrenze erfolgt auch nicht durch eine sprachliche oder ethnische Volkstumbewegung. Vielmehr liegt ein «Westdütscher» Sprachgürtel von der Schweiz über Elsass-Lothringen, Luxemburg, Eupen-Malmedy, Vlamland, der deutschen Staatsgrenze als Schutzwall vorgelagert. Somit ist die deutsche Westgrenze staatspolitisch gesichert und volkheitlich nicht bedroht.» Anders im Osten, wo «Ansprüche der Polen auf weiteres deutsches Reichsgebiet» zu erkennen waren. Die deutschen Ostprovinzen, deren wirtschaftliche Steuerleistung um 36 bis 68 Prozent niedriger war als die anderer Provinzen, sollten stärker subventioniert werden (D. 448, 17. 2. 1930, S. 1463, 1465). Bei der Zusammenkunft mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober wies Curtius auf Verhandlungen mit Polen hin, betonte aber, «es ist ganz unrichtig, wenn die Sache von französischer

Seite als eine Art Ost-Locarno dargestellt wird. Angesichts der Grenzverhältnisse können unsere Beziehungen zu Polen nicht derartige sein. ... Wir werden unzweifelhaft das Ziel der Änderung unserer unmöglichen Grenzverhältnisse im Osten weiter verfolgen müssen» (D. 453, 22. 2. 1930, S. 1486).

Der Isolierung Polens diene die deutsch-russische Zusammenarbeit, die allerdings wegen der von der UdSSR in Deutschland finanzierten Subversionspropaganda strapaziert wurde. Dennoch wollte der Reichskanzler «von der grossen Linie der deutsch-russischen Politik (Rapallo und Berlin)» nicht abgehen (D. 452, 20. 2. 1930, Fussnote 2, S. 1478). Die Zusammenarbeit mit der Roten Armee blieb bestehen, wie der Voranschlag für 1930 bewies, in welchem ein von 6,4 auf 5,35 Mill. RM reduzierter Betrag für die Gas-, Panzer- und Fliegerschulen und -fabriken in der Sowjetunion vorgesehen war, im sogenannten X-Haushalt enthalten, dessen Ausgaben aus ausserpolitischen Gründen eine offene Verrechnung nicht möglich machten (D. 433, 4. 2. 1930, S. 1427, Anmerkung 4). Über die Zusammenarbeit mit der Roten Armee, die vom Journalisten Carl von Ossietzky aufgegriffen worden war, äusserte sich der Wehrminister gemäss Tagebuch des Wirtschaftsministers Hans Schäffer sehr optimistisch: «Die Ossietzky-Erklärung baut auf Dinge, die weit zurückliegen. Richtig ist allein die Teilnahme der gegenseitigen Truppenkörper an Übungen.» Nach Hinweisen auf die Einrichtung und die Kosten der Schulen und Fabriken fährt Wilhelm Groener fort: «Wir haben ein grosses Interesse an der Sache. Die Russen haben auch ein grosses Interesse daran. Die russische Armee ist zurzeit noch zu keiner Offensive befähigt, aber sie macht doch von Jahr zu Jahr erhebliche Fortschritte. Das ist das Urteil unserer Offiziere. Die andern Völker haben diese Möglichkeit mit der Besichtigung nicht, nur die deutschen Offiziere haben alle Bewegungsfreiheit. Ich lege grossen Wert darauf, dass unsere Offiziere dorthin kommen, weil sie dort lernen, dass man die Disziplin ganz anders auffassen kann, als wir es gewohnt sind. In der russischen Armee herrscht eine fabelhafte Disziplin, und die Stellung der Vorgesetzten ist sehr stark. Die hohen Offiziere sind ganz fabelhaft energische, gebildete Menschen, Leute, die etwas leisten und über alles Bescheid wissen». Über die mittleren und unteren Kader äusserte sich Groener allerdings weniger begeistert (D. 452, 20. 2. 1930, S. 1478/9).

In der durch die Rezession hervorgerufenen Finanzklemme des Reiches sollten die auseinanderstrebenden Interessen der Koalitionspartner zum Rücktritt der Regierung führen. Die Lage war schlimm genug. Fraktionsführer Scholz von der DVP erklärte, dass die Ausführungen des Finanzministers Rudolf Hilferding «selbst auf unterrichtete Kenner der Lage erschütternd gewirkt hätten. ... Nach seiner Meinung sei eine erspriessliche Erörterung von Vorschlägen im Kreise der Parteien erst dann möglich, wenn die Reichsregierung selbst zu festen Entschlüssen gekommen sei» (D. 437, 7. 2. 1930, S. 1439). Das Kabinett Müller II zerbrach vordergründig an der

Frage der Arbeitslosenversicherung. Der grosse Arbeitskampf in der Ruhr-eisenindustrie im Herbst 1928 war durch die Kündigung der Tarife von seiten der Gewerkschaften eingeleitet worden. Die Unternehmer konnten es sich bei der abflauenden Konjunktur leisten, den Schiedsvorschlag abzulehnen und die Arbeiter auszusperrten. Nun gerieten viele Arbeiter in Not, und die Reichsregierung half ihnen über das Land Preussen, da Arbeitslosenunterstützung für Streikende gesetzlich verboten und eine andere Reichshilfe von der DVP als streikverlängernd und damit der von ihr vertretenen Arbeitgeberinteressen nicht entsprechend abgelehnt worden war. Damit ging dieses Problem an der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorbei, aber die sich 1928 abzeichnende Rezession brachte die erst ein Jahr bestehende reichsgesetzliche Arbeitslosenunterstützung in grösste Finanznot, so dass das Reich trotz eigener Geldklemme Zuschüsse und Kredite gewähren musste. Was sollte man tun? Die DVP wünschte Herabsetzung der Leistungen, die SPD Anhebung der Beiträge. In diesen Auseinandersetzungen entglitt – wie die Dokumente zeigen – der Regierung die Führung immer mehr, und bald drohte die DVP mit dem Bruch der Koalition. Immerhin gelang Anfang Oktober 1929 ein Kompromiss, der aber das Gesamtproblem nur kurzfristig zurückstellte. Als es Ende Jahr zu Zahlungsschwierigkeiten des Reiches kam, musste Finanzminister Hilferding zurücktreten, auch wenn ihn eigentlich keine Schuld traf. Doch das Loch in den Reichsfinanzen vergrösserte sich mit der Rezession immer mehr. In dieser Lage versteifte sich die DVP auf eine Herabsetzung der Leistungen, während die SPD mit Darlehen des Reiches das Defizit der Reichsanstalt decken wollte. Da weder die DVP noch die SPD – unter dem Einfluss des Gewerkschaftsflügels gegen den Willen ihrer Minister – einem Kompromiss zustimmten, musste der Kanzler seine Demission einreichen. Der demokratische Wirtschaftsexperte Gustav Stolper hatte Ende 1929 gemeint: «Was wir heute haben, ist eine Koalition von Ministern, nicht eine Koalition von Parteien. Es gibt überhaupt keine Regierungsparteien, es gibt nur Oppositionsparteien. Dass es soweit gekommen ist, bedeutet eine schwerere Gefährdung des demokratischen Systems als Minister und Parteien ahnen» (LXIX, zit. aus «Der deutsche Volkswirt» 4, 1929, S. 333). Stolper behielt recht; das Kabinett Müller II blieb die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik.

Zürich

Boris Schneider